

Ärztliche Leichenschau soll besser werden

GdP begrüßt Initiative der Justizminister

Die Justizminister der Länder wollen der Vertuschung von Tötungsdelikten mit einer verbesserten Leichenschau vorbeugen. Damit wird eine jahrelange Forderung der GdP aufgegriffen.

Einen entsprechenden Beschluss hat die Justizministerkonferenz in Berlin gefasst. Nach einer Studie der Universität Münster bleiben jährlich 1200 Fälle von Mord- und Totschlag unentdeckt. Künftig sollen nur besonders dafür qualifizierte und erfahrene Ärzte den Totenschein ausstellen dürfen.

„Der Fachausschuss Kriminalpolizei der GdP in Rheinland-Pfalz ist seit Jahren an diesem Thema dran und jetzt tut sich endlich etwas“, freute sich Bernd Becker, der im Landesvorstand für Kriminalpolitik zuständig ist. Erst 2006 sei die Forderung der RP-GdP nach einem „Coroner“, wie die amtlich bestellten Leichenschauer in den USA und Großbritannien heißen, vom GdP-Bundeskongress bestätigt worden.



Der GdP-Vorstand im Gespräch mit Justizminister Dr. Bamberger und Staatssekretärin Reich

„Im Frühjahr haben wir das Thema mit Herrn Justizminister Dr. Bamberger und Justiz-Staatssekretärin Reich eingehend erörtert“, erklärt GdP-Vorsitzender Scharbach und sein Vertreter Becker fügt hinzu, dass jetzt ein offener Erfahrungsaustausch und Dialog zwischen Ärzten, Gesundheitsministerium, Justiz und Polizei erforderlich sei, um einen gangbaren Weg zu finden.

Die GdP Rheinland-Pfalz hat vorgeschlagen, die kriminologischen Lehrstühle im Land einzubinden und will selbst auch dazu beitragen, das Thema voran zu bringen. Ein Gesprächstermin mit Sozialministerin Malu Dreyer ist bereits angefragt und am 14. November veranstaltet die GdP ein Forum zum Thema Todesermittlungen. „Wir wollen, dass weniger unentdeckte Mordopfer beerdigt werden“, erläutert Bernd Becker das Ziel des Forums, bei dem es im zweiten Teil um Trauma-Prophylaxe für Ermittler und Leichensachbearbeiter gehen soll.